

Ehrenamt JA! – aber nicht in jedem Fall

In einer Bibliothek zu arbeiten ist sicher eine ehrenvolle Aufgabe, es braucht dafür aber gut ausgebildete Menschen, die von ihrer Arbeit auch leben können müssen. Ehrenamtliche Arbeit darf dabei bestenfalls als Unterstützung gesehen werden. So wird es in den meisten europäischen Ländern – und auch über Europa hinaus – gehalten.

In Österreich ist alles ganz anders!

Von den knapp **1.500 österreichischen Öffentlichen Büchereien** werden **mehr als 80% ehrenamtlich geleitet**, von **8.800 BibliothekarInnen arbeiten 7.400 ohne Bezahlung**. Sie tun dies aber nicht etwa freiwillig, sondern weil sie keine andere Wahl haben. Eine Untersuchung hat gezeigt, dass mehr als 90% der ehrenamtlich arbeitenden BibliothekarInnen stattdessen gerne einen bezahlten Arbeitsplatz in der Bibliothek hätten.

Öffentliche Büchereien in Österreich sind eine **freiwillige Leistung ihrer Träger** (Gemeinde, Pfarre, AK ...). Keine Gemeinde ist verpflichtet, eine Bücherei einzurichten und zu erhalten. Es ist klar, **dass unter diesen Bedingungen von einer qualitativ hochwertigen Literatur- und Informationsversorgung nicht gesprochen werden kann**, denn

- Österreichische Öffentliche Büchereien sind im Schnitt viel zu klein: 46% haben nicht mehr als 50m² Fläche, weitere 36% nicht mehr als 100m².
- Die Buchbestände sind sehr oft viel zu klein, weil die Büchereien nur wenig Geld für Ankäufe ausgeben können.
- Weil es keine hauptamtlichen MitarbeiterInnen gibt, können die Büchereien auch nur wenige Stunden in der Woche offen halten. Dies macht es vielen EinwohnerInnen schwer bis unmöglich, die Bücherei zu nutzen.

Der **Arbeitskreis kritischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare (KRIBIBI)** spricht sich nicht grundsätzlich gegen Freiwilligenarbeit aus. Wir wissen ganz genau, wie viel gute und engagierte Arbeit von unseren ehrenamtlichen KollegInnen geleistet wird. Doch **für ein professionelles, den Anforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft genügendes Bibliothekswesen braucht es hochqualifizierte Menschen mit bezahlten Anstellungen.**

Bibliotheken sind zu wichtig, um sie (beinahe) ausschließlich ehrenamtlich arbeitenden Kräften zu überlassen!

Vollwertige Arbeitsplätze für PraktikantInnen im öffentlichen Dienst!

UGöd fordert Ende des Anstellungsstopps und keine Nulllohnrunde

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst beobachten mit Sorge, dass in ausgegliederten Unternehmen des Bundes immer häufiger PraktikantInnen für kurze Zeit in Vollbeschäftigung mit Minimallöhnen angestellt werden, die zum Teil weniger als 200 Euro pro Monat betragen. In den Dienstleistungsbereichen des Bundes wächst die Zahl der geringfügig und in Teilzeitarbeitsverhältnissen Beschäftigten. Fertig und gut ausgebildete UniversitätsabsolventInnen arbeiten im Verwaltungsbereich des Bundes für 1 Jahr um 1.132 Euro brutto monatlich und haben keine Chance auf eine spätere Übernahme in den Bundesdienst. In den ausgegliederten Kultur- und Wissenschaftsbetrieben wächst die Zahl der in befristeten Projekten prekär beschäftigten Personen.

Schluss mit Ausbeutung und Unterbezahlung der VerwaltungspraktikantInnen!

Allen diesen prekären Arbeitsverhältnissen ist gemeinsam, dass junge Menschen weit unter ihrem Leistungs- und Arbeitswert entlohnt werden. **Ohne Zukunftsperspektive** werden **sie** ab dem Eintritt in den Arbeitsmarkt einem Entwertungsprozess unterzogen, der ihre hochwertige Ausbildung in Frage stellt. In keinem der viel propagierten modernen Work-Life-Balance-Konzepte sind derart tiefe Einschnitte in den Lebensverläufen zwischen Ausbildung und Einstieg ins Berufsleben vorgezeichnet. Die VerwaltungspraktikantInnen sind die Spitze des Eisberges einer zunehmenden Erosion der ArbeitnehmerInnenrechte im öffentlichen Dienst. Und dieser **Abbau von ArbeitnehmerInnenrechte** hat Auswirkungen auf **alle ArbeitnehmerInnen in unserer** Gesellschaft.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst fordern daher:

- **gesetzliche Vertretung für prekär Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben** durch entsprechende Novellierungen des Personalvertretungs- und des Arbeitsverfassungsgesetzes!
- **Voll-Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gegen die Arbeitslosigkeit: Stopp dem Aufnahmestopp!**
- **vermögensbezogene Steuern zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen:** Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Budgetmittel für die Sicherung und den Ausbau der öffentlichen Dienste
- **Frauenförderung mit Vorbildwirkung:** damit die Einkommensgleichheit im öffentlichen Dienst für den überwiegend weiblichen Teil der Beschäftigten endlich Lebenswirklichkeit wird!
- **Aufnahme von Gehaltsverhandlungen durch GÖD und GDGkmfsb** gegen Gehaltskürzungen durch Nulllohnrunden!